

Nr. 6187/J

1994 -03- 02

## A N F R A G E

der Abgeordneten Haller, Mag. Praxmarer, Huber , Dr. Partik-Pablé  
an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie  
betreffend Erhebungen über Unterhaltskosten für Kinder

Das Jahr der Familie 1994 hat in Österreich damit begonnen, daß über Einschränkungen bei den Leistungen aus dem Familienlastenausgleichsfonds diskutiert wurde und die "Institution Familie" unter die Lupe genommen wurde. Die Familie, ursprünglich als "unverzichtbare Zelle unserer Gesellschaft" bezeichnet, soll nach pessimistischen Prognosen langsam, aber sicher im Aussterben begriffen sein. Die Ursachen dafür sind vielfältig: Nach Umfragen halten zwei Drittel der Österreicher Vater, Mutter und zwei Kinder für das Idealbild der Familie. Wer das klassische Idealbild überschreitet, also deutlich mehr als zwei Kinder hat, muß nicht nur damit rechnen, daß er Imageprobleme bekommt, sondern daß er auch unter die Armutsgrenze rutscht. Derzeit betrifft dies ca. 100.000 Familien in Österreich. Wie Konsumerhebungen aus früheren Jahren bestätigten, steigen die durchschnittlichen Verbrauchsausgaben für ein unversorgtes Kind pro Familie unaufhaltsam an.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie nachstehende

### Anfrage:

1. Ist Ihnen bekannt, daß die letzte Konsumerhebung über die durchschnittlichen Verbrauchsausgaben für ein Kind in Arbeitnehmerhaushalten 1984 vom ÖSTAT auf Antrag des Familienministeriums durchgeführt wurde und inwieweit ist eine diesbezügliche Erhebung für 1994 bereits durchgeführt oder geplant?
2. Sind seitens Ihres Ministeriums weitere Studien zur wirtschaftlichen Situation von Familien und/oder Alleinerziehern in Auftrag gegeben und
  - a) wenn ja, welche und
  - b) wenn nein, warum nicht?

3. **Inwieweit werden Erkenntnisse familienspezifischer Studien der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht und bilden diese eine Basis für familienpolitische Vorschläge und Entscheidungen Ihres Ressorts?**
  
4. **Ist seitens Ihres Ministeriums daran gedacht, Ergebnisse aus familienspezifischen Studien im Rahmen von Arbeitskreisen unter Teilnahme von innerministeriellen und externen Experten sowie den mit diesem Thema befaßten Abgeordneten der Parlamentsklubs zu diskutieren und wenn nein, warum nicht?**